

# Arbeiter-Zeitung

Ausg. A. 14. Jahrgang Nr. 18  
Freitag, 22. Januar 1932

ersch. täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis: Wochenl. 82 Pf. + 8 Pf. Botenlohn = 60 Pf., monatl. 2,10 RM + 50 Pf. Botenlohn = 2,60 RM. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 RM., unter Circulband 3 RM. Einzelgenpreis: Die schwebende Millimeterzelle oder deren Raum 12 Pf., Vereins- u. Veranlagungsanzeigen 6 Pf. Kellamapreis: Die dreifache Millimeterzelle oder deren Raum im Text 70 Pf. — Annahmeschluss in der Geschäftsverteilung um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

**für Schlessien**  
**Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale**  
**Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“**  
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

**Hauptexpedition:** Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Fernsprecher 460 89. Postfachkonto: Breslau Nr. 544. Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Borberhaus), Fernsprecher 439 02. Expedient bei Redaktion: Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. Filialexpedition: Grottkau, Sankt A. Fernsprecher 2384. Geschäftszeit von 8-19 Uhr. — Vertriebsabteilung: Hauptvertriebsort Breslau. — Verlag: Schlessische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Fernsprecher 460 89.

## Betriebsräte beschließen Proteststreik

### Gegen die Maßregelung der RGD.-Betriebsräte in den Eisenbahnwerkstätten

**Gleiwitz.** Wir berichteten schon, daß die deutsche Reichsbahn-Gesellschaft die RGD.-Betriebsräte, Genossen Lh. Ruzjora, Vorsitzender des Betriebsrats der Lok-Werkstatt, und den Genossen Wolf von der Wagenwerkstatt fristlos entlassen haben.  
Im nachfolgenden das Entlassungsschreiben.  
**Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft.**  
Reichsbahndirektion Breslau.  
An den  
Vorstand des Betriebsrats des Reichsbahnausbesserungs-Werks Gleiwitz-Lokwerk, Herrn Schläpfer Theodor Ruzjora, RGD. Gleiwitz-Lokw.  
2 3 17 Bld 19. I. 32.

Sie haben in einer am 8. d. M. stattgefundenen öffentlichen Versammlung die Eisenbahner zum Streik gegen Maßnahmen ihrer Verwaltung aufgerufen. Unter größtlicher Verletzung Ihrer Pflichten als nunmehr Arbeiter haben Sie in dieser öffentlichen Versammlung sogar den Umsturz in folgender Weise vorbereitet. Für den Fall, „daß morgen die rote Armee anmarschiert und daß die RGD. die Macht in dem Ausbesserungswerk Gleiwitz gewaltsam an sich gerissen habe“, haben Sie bereits die Besetzung der leitenden Personen geregelt und sich als Leiter des Lokomotivwerks aufgestellt. Dem Werkarbeiter Alter haben Sie den Posten als Leiter des Wagenwerks angeboten und den Beamten, die nicht willfährig sein würden, die Entlassung angedroht.

Keinem Arbeitgeber kann zugemutet werden, Arbeiter in seinem Betriebe zu dulden, die die gewaltsame Umgestaltung der Betriebe auf eine Leitung durch die Belegschaft vorbereiten.  
Durch Ihr Verhalten haben Sie gegen die Pflichten aus dem Arbeitsvertrage, insbesondere gegen § 3 Ziffer 2 der Arbeitsordnung,

monach der Arbeiter verpflichtet ist, das Wohl der Verwaltung in jeder Hinsicht zu wahren, grob verstoßen. Abgesehen hiervon enthält Ihr Verhalten auch grobe Verstöße gegen Ihre Pflichten als Betriebsratsvorsitzender.

Ihre grob vertragswidrigen Handlungen bilden einen wichtigen Grund zu Ihrer fristlosen Entlassung, die wir nach § 26 Abschnitt 1 Ziffer 5 des Lohnarbeitsvertrages gegen Sie hiermit aussprechen.  
gez. Born.

Dieses Entlassungsschreiben ist ein übles Machswerk, auf Grund von Angaben von Spitzeln und Denunzianten, die in vollkommener Verdrehung der Tatsachen, die sich in der angeführten Belegschaftsversammlung abgelehrt haben, der Direktion das Material lieferten.

Der Belegschaft hat sich eine ungeheure Erregung bemächtigt.  
Am Mittwoch fand im Lokal von Promny eine Betriebsratsversammlung der Eisenbahner statt. Anwesend waren sämtliche Betriebsräte der RGD., der Christen, Reformisten und NSDAP.

Einstimmig wurde eine Entschliebung angenommen, in der von der Direktion die sofortige Zurücknahme der Maßregelung der Betriebsräte Ruzjora und Wolf gefordert wird.  
Sollte die Zurücknahme der Maßregelung nicht erfolgen, treten die Belegschaften in den Proteststreik.

Die Maßregelung ist ein Schlag gegen die gesamten Eisenbahner. Man will die RGD.-Betriebsräte aus den Betrieben werfen, um den Widerstand gegen den Lohnraub zu brechen und die Eisenbahner ihrer Führung berauben.

Die Eisenbahner schließen nun erst recht die Kampffront zur Verteidigung ihrer elementarsten Lebensinteressen gegen den Lohnabbau für ausreichende Löhne.

## Die Streikfront wächst

**Berlin, 22. Januar.** (Eig. Drahtbericht.) In dem Metallbetrieb Aroszlav traten 16 Arbeiter der Abteilung Schleiferei in den Streik. Die Belegschaft arbeitete bereits längere Zeit nur drei Tage. Trotzdem verlangte die Firma nach wie vor, daß ein Teil der Kollegen in Nachtschicht arbeiten sollte. Am Dienstagabend lehnte die Nachtschicht auf Anraten des RGD. die Nacharbeit ab. Darauf sollten die in Frage kommenden Arbeiter entlassen werden. Die ganze Abteilung solidarisierte sich mit den in Frage kommenden Kollegen und trat geschlossen in den Streik.

Bei der Metallfirma Litzger & Meier, Berlin-Schöneberg, traten gestern die Arbeiter gegen den 15 prozentigen Lohnabbau in den Streik.

Der Streik bei der Gummiwarenfirma Frons hat nicht vorläufig weiter, da die Direktion ihre Zusicherungen wieder zurückgezogen hat. Beide Betriebe sind von der Polizei besetzt. Durch die vorbildliche Aktion der Erwerbslosen ist jeder Streikbruchversuch gescheitert.

**Berlin, 22. Januar.** (Eig. Drahtbericht.) Die Belegschaft der Abteilung Siegerei Feindelschstraße im Stahl- und Walzwerk Vennigsdorf, die geschlossen streikt, hielt heute fester als am ersten Tage. Die UWB-Kollegen sind für die rote Einheitsfront und sind in die Streikleitung eingetreten, so daß die Führung des Streiks in den Händen einer breiten Einheitsfront liegt, die sich zusammensetzt aus UWB-Kollegen, Christen, Unorganisierten und RGD.-Kollegen. Bester hat der Sekretär des christlichen Metallarbeiter-

verbandes in einer Versammlung die 20 christlichen Kollegen aufgefordert, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die christlichen Kollegen lehnten dieses Ansuchen einmütig ab.

## Lohnabbau durch passive Resistenz abgewehrt

**Berlin, 22. Januar.** (Eig. Drahtbericht.) Infolge der geschlossen durchgeführten passiven Resistenz, ist es den Arbeitern im Siemens-Werke gelungen, den angekündigten Lohnabbau von 10 Prozent zurückzuschlagen. Der alte Lohn wird unvermindert weiter gezahlt. Dieser Erfolg ist nur auf den geschlossenen Kampf der RGD. zurückzuführen.

## Neuer Naziüberfall in Braunschweig

**Braunschweig, 21. Januar.** (Eig. Drahtbericht.) Heute, nach Betriebschluß, lauerten etwa 100 zum Teil uniformierte Nationalsozialisten aus dem Mag-Werk heimkehrende Arbeiter auf. In der Übermacht fielen die bewaffneten Nationalsozialisten über einzelne kleine Arbeitergruppen her. Die Nazi schossen scharf. Ein Reichsbanner-Jungarbeiter erhielt einen lebensgefährlichen Wundenschuß. Außerdem wurden noch vier Arbeiter mehr oder weniger schwer verletzt.

Die Nationalsozialisten hatten bereits am Mittwoch nach Betriebschluß die Arbeiter aufgelauert. Am Donnerstag rückten die Insassen der SA-Kajette schwer bewaffnet an und untesten den Betrieb. Der feige Überfall wurde von der Nazi-Zelle der technischen Angestellten des Betriebes unterstützt. Als die Arbeiter die feigen Revolvergeschüßen in die Flucht schlugen, erhielten die Nationalsozialisten im Verwaltungsgebäude Unterschlupf. Der mit diesen sympathisierende Portier schlug mit einer Eisenstange auf die nachdrängenden Arbeiter ein, und fügte einem Arbeiter eine schwere Kopfwunde zu. In der Portierloge wurden von der Polizei, die viel zu spät eintraf, Schußwaffen beschlagnahmt, die dort zur Aufbewahrung gegeben waren. Nur ein Nationalsozialist wurde festgenommen. Die Empörung der Arbeiter über die Naziüberfall und deren Anhänger in ungeheurer.

## SAP für Zollerhöhungen

Die neuen notverordneten Zollerhöhungen haben alle Werktätigen Deutschlands in die größte Empörung und Erbitterung versetzt. Jeder Werktätige weiß, daß dadurch die Preise weiter verteuert werden. Für die Zollerhöhungen setzten sich nur die Notverordnungsparteien und die Großagrarier ein.

Bei dieser Gelegenheit läßt die Seydewitz-Partei ein wenig die Maske, um ihr notverordnungsgetreues Gesicht zu zeigen. In einem längeren scheinradikalen Artikel finden wir eine resolute Zustimmung zu den neuen Zöllen im folgenden Satz:

„Inmerhin liegt — im Rahmen des einmal bestehenden Weltsozialismus — in der Aufgabe des Goldstandards in einigen Ländern, mit denen Deutschland in Handelsbeziehungen steht, eine gewisse Rechtfertigung für dieses Vorgehen (d. h. für die neue Zollnotverordnung).“

Was sagen die SAP-Arbeiter zur Zollpolitik ihrer Parteiführung? Es ist ja noch nicht allzu lange her, da haben Seydewitz und Rosenfeld Hand in Hand mit Wels und Crispian offen für die Zollerhöhungen im Reichstag gestimmt. Die beiden Agenten von Wels bleiben sich also treu. Wollen die SAP-Arbeiter das verbroderliche Ziel mit ihren Interessen noch länger dulden?

## Das ist Rosenfeld!

### Das wahre Gesicht des konterrevolutionären Vorsitzenden der SAP.

Der Vorsitzende der konterrevolutionären Wels-Filiale Rosenfeld, versucht mit scheinradikalen Phrasen die Arbeiter über seine konterrevolutionäre Gesinnung zu täuschen. Aber die Arbeiter urteilen nicht nach den Redensarten, sondern nach den Taten. Und die sehen bei Rosenfeld so aus:

Im Juli 1922 verteidigte der Antibolschewist Rosenfeld vor dem Moskauer Revolutionstribunal die angeklagten Sozialrevolutionäre, denen nachgewiesen wurde, daß sie im Auftrag und bestochen von der französischen und tschechoslowakischen Regierung Spionage in der Sowjetunion getrieben hatten.

Am 17. Mai 1927 stimmte Rosenfeld mit Ja für die Verlängerung des Republiksschutzgesetzes.

Am 28. Juni 1929 stimmte Rosenfeld mit Ja für die weitere Verlängerung des Republiksschutzgesetzes.

Mitte März 1930 enthielt sich Rosenfeld bei der Abstimmung über das durch Severing verschärfte Republiksschutzgesetz der Stimme. Seydewitz, heute ebenfalls Vorsitzender der SAP., stimmte damals ausdrücklich mit Ja für das verschärfte Republiksschutzgesetz.

Am 28. September und 4. Dezember 1929 stimmte Rosenfeld jedesmal gegen den kommunistischen Antrag auf Aufhebung des Verbotes des antifaschistischen Roten Frontkämpferbundes.

**Das sind die Taten des SAP.-Mannes Rosenfeld. Diesem Agenten von Wels muß überall die Maske vom Gesicht gerissen werden!**

## 27 neue Kämpfer

hat die Ortsgruppe Penzig der Partei im Rahmen des Aufgebots der Hunderttausend in der Zeit vom 1. Januar bis 15. Januar gewonnen. Unter den neuen Mitgliedern befinden sich zehn Frauen.

Das Werbeergebnis von Penzig muß ein leuchtendes Beispiel für alle übrigen Parteiortsgruppen und Zellen sein. Die Ortsgruppen- bzw. Zellenleitungen haben laufend die Werbeergebnisse bekanntzugeben. Wir werden demnächst die säumigen Ortsgruppen und Zellen in der Zeitung bekanntgeben.

Genossen, Genossinnen, erfüllt eure revolutionäre Pflicht zum Aufgebot der Hunderttausend!

# Die Hintergründe des SA-Terrors

## SA-Leute wenden sich von der Mordpartei

Die „rote Fahne“, Berlin, erhielt eine Zuschrift von einigen SA-Leuten, die an dem Ueberfall auf die Arbeiterkolonie „Felsen“ teilgenommen haben, die aber jetzt, entsetzt von den Methoden ihrer Führer, aus der NSDAP. ausgetreten sind. Sie betätigen, daß der Ueberfall vorher bis ins einzelne besprochen und planmäßig durchgeführt wurde.

In der letzten Zeit häufen sich die SA-Ueberfälle auf Arbeiter, nach „Felsen“ erfolgten die Terroraktionen im Ruhrgebiet und den anderen Orten. Was ist der Zweck dieser Ueberfälle? Es ist kein Zufall, daß Hitler und Goebbels in den letzten Wochen im Ruhrgebiet mit den Unternehmern konferiert haben. Die Streikbewegung der Arbeiter, die sich ununterbrochen fortpflanzt, macht den Kapitalisten schwer zu schaffen. Durch den verstärkten Terror der SA sollen die Arbeiter eingeschüchtert und vom Kampf gegen den Lohnabbau, vom Kampf gegen die ununterbrochene Beschlechterung ihrer Lebenshaltung, abgehalten werden. Wie die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer den Streikbruch organisieren, so organisieren die Nazis, der andere Arm des Kapitals, den blutigen Terror gegen die Arbeiterschaft.

Aber sie sollen und werden ihren Zweck nicht erreichen! Die deutschen Arbeiter erkennen immer mehr, daß sie gegen eine feindliche Front zu kämpfen haben, die von den SA-Führern zu Hitler geht. Die Arbeiter wissen auch, daß die SA-Banden im Auftrage der Kapitalisten ihre Aktion durchführen, wie die Kugelblätter im Auftrage der Kapitalisten die Arbeiter als „rote Untermenschen“, „kommunistisches Mordgelande“ usw. beschimpfen. Die Arbeiter werden sich in der roten Einheitsfront jeder zur Abwehr des faschistischen Terrors zusammenschließen, sie werden sich aber vom Kampf gegen das Unternehmertum nicht ablenken lassen, sondern diesen Kampf verstärken. Sie wissen, daß der entscheidende Abschnitt des Kampfes gegen die Front von Weils bis Hitler im Betrieb liegt, und sie werden daher gerade in den Betrieben fester zusammenschließen, die härteste rote Einheitsfront herstellen und energischer als bisher den Kampf gegen die ununterbrochene Hinabdrückung der proletarischen Lebenshaltung führen.

Der SA-Terror wird seinen Zweck nicht erreichen!

## Die Konferenz von Lausanne aufgefliegen

Die Konferenz von Lausanne, die zu der Neuregelung des Youngplans Stellung nehmen sollte, ist aufgefliegen, bevor sie zustande gekommen ist.

Gestützt auf die „nationale Einheitsfront“ von Hitler bis Weils und auf die Gegenläufe der imperialistischen Mächte England-Frankreich, bzw. Italien-Frankreich (speziellierend, hielt die Brüningregierung den Zeitpunkt für gekommen um „sicherlich vor aller Welt“ zu erklären, daß sie den Youngplan nicht mehr erfüllen werde. Brüning hat diese Worte allerdings dadurch abgeschwächt, indem er erklärte, daß Deutschland nicht mehr zahlen konnte.

Die französische Bourgeoisie besteht jedoch auf der weiteren Erfüllung des Youngplans. Sie hängt sich dabei an den amerikanischen Imperialismus, der von den Schuldforderungen die weitere Zahlung der Kriegsschulden fordert. Die englische Bourgeoisie verhielt in letzter Minute, einer Vermittlungsversuch zu machen, wonach das Hoover-Verfahren um ein weiteres Jahr verlängert werden sollte. Dieser Vorschlag ist an der Haltung der französischen Regierung gescheitert. Deshalb in Lausanne gegenwärtig nicht einmal der Abschluß eines Kompromisses zu erwarten war, ist die Konferenz aufgefliegen.

Dieses Aufsteigen zeigt die Verstärkung der imperialistischen Gegensätze mit aller Deutlichkeit und macht die Lage der deutschen Bourgeoisie noch unsicherer als bisher.

Die Durchführung der Konferenz von Lausanne ist eine Niederlage der Brüningregierung gebracht. Es besteht kein Zweifel, daß sich der Standpunkt des französischen Imperialismus durchgesetzt hätte. Die Verhinderung der Konferenz hat für die Brüningregierung nur ein hinausgeschoben der unüberwindlichen Kapitallasten vor dem französischen Imperialismus. Aber diese Hinuschubung wird damit bezahlt, daß sich die gesamte innere und außenpolitische Lage der deutschen Bourgeoisie noch unsicherer gestaltet.

Denn es liegt auf der Hand, daß die ausländischen Kapitalisten die Kredite nach Deutschland gegeben haben, jetzt beginnen werden die Gelder zurückzugeben. Die deutsche Bourgeoisie wird also in einigen Monaten (oder auch nur Wochen) unter viel schlechteren Bedingungen kapitulieren müssen. Und sie wird kapitulieren, d. h. sie wird sich mit dem französischen und amerikanischen Finanzkapital verhandeln. Die Kosten dieser Verhandlung wird die deutsche Arbeiterklasse und die anderen werktätigen Schichten zu zahlen haben. Das wird so lange gehen, bis die Arbeiterklasse den Kapitalisten einen Strich durch die Rechnung macht und mit der sozialen Freisetzung vom Joch des Kapitalismus auch zugleich die nationale Freisetzung aus der Youngplanwirtschaft durchführt.

## SPD.-Führer offen für den Lohnabbau

In der letzten Sitzungsperiode des Reichstages im Oktober 1931 hat die kommunistische Partei im Interesse der Arbeiterklasse eine große Anzahl Anträge eingebracht. Einer dieser Anträge lautete, daß der Abbau der Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter, sowie der Post- und Eisenbahnarbeiter, der aus Grund der Notverordnungen vorgenommen wurde, wieder rückgängig gemacht werde und daß die Löhne mindestens wieder auf den Stand vom 1. März 1931 erhöht werden. Im Oktober wagten die SPD.-Führer nicht offen gegen diesen Antrag aufzutreten, sie beantragten daher keine Heberweisung in den Haushaltsausschuß, was auch beschlossen wurde.

Am 20. Januar mußte nun im Haushaltsausschuß des Reichstages zu dem Antrag Stellung genommen werden. Die

wenigen Logier und waret wichen auf die ungeheure Not der Gemeinde- und Reichsarbeiter, der Post- und Eisenbahnarbeiter hin, die noch durch die neue Notverordnung vergrößert wurde. Sie forderten die Wiederherstellung der Löhne vom März 1931.

Darauf erklärte der SPD.-Führer Keil, daß der Antrag „durch die Ereignisse der Zeit überholt“ sei und daß sich daher die SPD. bei der Abstimmung über diesen Antrag der Stimme enthalten werde.

Infolge der Stimmenthaltung der SPD.-Vertreter wurde denn auch der Antrag gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Die SPD.-Führer haben sich damit offen für den Lohnabbau erklärt. Hört es, ihr Gemeinde- und Staatsarbeiter, ihr Post- und Eisenbahnarbeiter: die streikbewerkschaftlichen sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer pfeifen auf eure Not, pfeifen auf den Hunger eurer Kinder, sie haben den kommunistischen Antrag zu Fall gebracht. Jeden Arbeiter muß diese Tatsache vor Augen gehalten werden, in jedem Betrieb muß der Schutkstreich der SPD.-Führer der gesamten Belegschaft bekanntgemacht werden. Mögen die letzten Arbeiter, die

# Die Polizei und der SA-Ueberfall auf „Felsen“

Als in der Nacht vom 18. auf 19. Januar eine bewaffnete SA-Bande die Arbeiterkolonie „Felsen“ im Norden Berlins überfallen hatte, entfaltete am 19. Januar die gesamte kapitalistische Presse eine wilde Hege gegen die Kommunisten. Die überfallenen Außenkolonien wurden teigegenommen und auf Polizeiposten im Vorbeigehen transportiert, Arbeiterversammlungen wurden verboten. Am 20. Januar mußte nun das Berliner Polizeipräsidium einen offiziellen Bericht herausgeben, in dem festgestellt wird, daß die Schuld aufseiten der Nationalsozialisten liegt und daß die Nazis in Stärke von etwa 150 Mann, begleitet von Polizeibeamten, auf einem Feldweg nach der Kolonie „Felsen“ gezogen sind und daß das „provokierende und bedrohende Auftreten der Nationalsozialisten zu dem Zusammenstoß, zur Schießerei und zur Schlägerei“ geführt hat. Das Ullsteinblatt, die „Berliner Morgenpost“, die sich bei der Hege gegen die überfallenen Kolonisten besonders hervortat, schreibt am 21. Januar dazu:

„Die Untersuchung des Ueberfalles auf die Kolonie Felsen in Reinickendorf, die durch Ort, Zeit und Umstände zweifellos aufs äußerste erschwert war, ist jetzt bis zu einem gewissen Grade abgeschlossen. Sie hat zu völlig anderen Ergebnissen geführt, als nach der ersten, aus polizeilicher Quelle stammenden Darstellung, die in einem Teil unserer Ausgabe vom 19. Januar erschien, anzunehmen war.“

Die bürgerliche Korrespondenz Somaczewski stellt fest:

„Soweit die amtliche Erklärung, in der leider nichts von der Tatsache gesagt wird, daß dieser geschlossene Abmarsch von der Versammlung, der wegen des Demonstrationsverbotes gar nicht hätte geduldet werden dürfen, obendrein noch polizeilich gesichert wurde. Außerdem wird noch zu klären sein, weshalb die zuständige Stelle im Polizeipräsidium am Dienstagmorgen und Donnerstag auf Anfrage immer wieder er-

# Delegierten-Konferenz in Kunzendorf

am Sonntag, dem 24. Januar, zur Schaffung der roten Kampfeinheit

Die Auswirkung der kapitalistischen Wirtschaftskrise, (Betriebs-Stilllegungen, Massenentlassungen, Lohn-, Gehalts-, Unterstützungs- und Rentenabbau), die fortgesetzte Kette der Steuererhöhungen, trifft besonders schwer die arbeitstätige Bevölkerung des Neuroder Berglandes.

Nach in der letzten Punkt dieser Krise nicht erreicht. Alle Maßnahmen der herrschenden Klasse aus dieser Krise herauszukommen, befehlen erneut die Arbeiter und die werktätigen Mittelschichten, und nehmen der Bevölkerung des Kreises Neurode die letzten Existenzmittel ab.

Der Kampf um die Wiedereröffnung der Wenzelslausgrube zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die herrschende Klasse weder die Bereitschaft noch die Kraft besitzt, der Forderung der Belegschaft der Wenzelslausgrube, welche unterstützt wird von allen Kreisen der Bevölkerung, nachzukommen, und die Grube wieder in Betrieb zu setzen.

Noch ist der Kampf um die Wenzelslausgrube nicht zu Ende geführt, und bereits geht durch die ganze Presse die Meldung, daß infolge Verschärfung der Wirtschaftskrise neue Massenentlassungen in kurzer Zeit vorgenommen werden und dadurch das Elend und die Not der Neuroder Bevölkerung aufs neue verschärft wird.

Der Kampf um die Wenzelslausgrube zeigt mit aller Deutlichkeit, daß nicht durch Appellieren und Bitten die Forderungen der Arbeiter und werktätigen Bevölkerung erfüllt werden, sondern deren Erfüllung nur möglich ist, durch den Massenkampf aller Ausgebeuteten.

Der Kampf um die Wenzelslausgrube zeigt allen Werktätigen, daß es nur einzig und allein die kommunistische Partei ist, die die Interessen der Werktätigen vertritt. Während alle anderen Parteien die Bestrebungen der Arbeiter isolieren, kümmerte sich die Gewerkschaftsbürokratie überhaupt nicht um die Notlage der Wenzelslausbelegschaft.

Die Auswirkungen der Notverordnung und ihren ungeheuren Verschlechterungen für die gesamte arbeitstätige Bevölkerung, zwingen die Arbeiter, Maßnahmen zur Sicherung ihrer nackten Existenz zu ergreifen.

Nur der Kampf aller Ausgebeuteten unter Führung von selbstgewählten Kampfausschüssen und Einheitsfrontorganen mit Unterstützung und Führung der kommunistischen

bisher noch den SPD.-Führern fremdenwärtigen Massenidenten, mit den Keil, Weils und Leipart brechen und sich einreihen in die rote Einheitsfront unter Führung der kommunistischen Partei.

## SPD. baut die Unterstützung ab

Den Arbeiterkindern wird die Milchration gekürzt

Hannau. In dieser Woche wurde den Arbeitslosen die Milchration für ihre Kinder um die Hälfte gekürzt. Außerdem wurde die Unterstützung der verheirateten Wohlfahrtsberufslosen ohne Kinder abgebaut. Und dieses alles mit Duldung und Unterstützung der sozialdemokratischen Stadtverordnetenmehrheit.

Die SPD. ist der Hauptfeind der Arbeiterklasse, den man schlagen muß, um den Faschismus zu schlagen. Ohne die Liquidierung des Masseneinflusses der SPD. keinen erfolgreichen Kampf gegen Hunger und Not, gegen die Kapitalistatur. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir die Arbeiter in den Gewerkschaften und in der SPD. für den proletarischen Klassenkampf gewinnen. Dazu dient die rote Einheitsfront. In dieser Front werden die Arbeiter erkennen, was die SPD. für eine Rolle spielt. Im Kampf um Arbeit, Brot und Freiheit führt die Werktätigen nur die KPD.

## Seht für die Winterhilfe der politischen Gefangenen!

Es ist bekannt, daß es sich um einen kommunistischen Ueberfall auf Nationalsozialisten, die von Weilmannsdorf nach Reinickendorf-Ost zurückkehrten, gehandelt habe. Eine andere Darstellung, die von Bedrohungen der Kolonisten durch die Nationalsozialisten sprach, wurde ausdrücklich als unzutreffend bezeichnet. Die Wahrscheinlichkeit, daß es sich um in Reinickendorf-Ost wohnende Versammlungsteilnehmer handelte, wurde noch durch die am Nachmittag von der Polizei selbst wieder dementierte Mitteilung erhärtet, daß die Nationalsozialisten aus Furcht vor politischen Ueberfällen politische Schutz erbeten hätten und daß dieser ihnen auch gewährt worden sei.

Es steht also fest: Bewaffnete SA überfällt nach Mitternacht eine Arbeiterkolonie, ein Kommunist wird erschossen, sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter müssen sich verzweifelt um ihr Leben wehren. Eine wahnsinnige Pressehege gegen die Kommunisten geht darauf durch die gesamte deutsche kapitalistische Presse, und der Bericht, auf Grund dessen diese Pressehege entfaltet wurde, stammt aus dem Berliner Polizeipräsidium, von der Polizei, die von dem Sozialdemokraten Grzesinski geleitet wird.

Die gesamte Arbeiterklasse Deutschlands erhält hier einen grauenhaften Anschauungsunterricht darüber, wie die Hege gegen die Klassenbewußten Arbeiter geführt wird und wer den Faschismus unterstützt. Insbesondere die sozialdemokratischen Arbeiter können sehen, wie die Politik ihrer Führer, die die Hauptstütze der Bourgeoisie sind, sich auswirkt. In Berlin hat die Haltung der Polizei des Sozialdemokraten Grzesinski bereits eine Reihe von SPD.-Arbeitern veranlaßt, aus der SPD. auszutreten. Der Naziüberfall in Berlin, sowie die neuen SA-Ueberfälle in den letzten Tagen sind eine Mahnung an alle Arbeiter Deutschlands, sich gegen den Faschismus, gegen den Kapitalismus, gegen Harzburger Front und gegen „Eiserne Front“ sich zur roten Einheitsfront unter Führung der kommunistischen Partei zusammenzuschließen.

Partei und der NSD. kann die vollständige Bereubung verhindern.

Die unterzeichneten Organisationen und Körperschaften rufen deshalb alle Schichten der Neuroder Bevölkerung zu einer Delegiertenkonferenz zur Bildung der kämpfenden Einheitsfront auf:

1. Für die Zurückeroberung des abgebauten Lohnes!
2. Für den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich und die Wiedereinstellung der erwerbslosen Arbeiter!
3. Gegen Betriebsstilllegungen und Produktionssabotage, für die Wiedereröffnung der stillgelegten Betriebe!
4. Gegen den Umsiedlungsbetrug!
5. Für vollständige Steuerfreiheit aller Arbeiter, kleinen Gewerbetreibenden, Mittelständler und Kleinbauern!
6. Für die Bereitstellung von Mitteln, welche den in Not befindlichen Mittelständlern und Kleinbauern zinslos überlassen werden!
7. Für die Beseitigung der Pflichtarbeit und des „freiwilligen Arbeitsdienstes“, für die Bezahlung dieser Arbeiter zu Tariflöhnen!
8. Verlegung der Stempelkontrolle in die Wohngebiete!
9. Gegen wirtschaftliche und politische Anhebung, für die Beseitigung der Notverordnungen!
10. Gegen die arbeitserneuernde Tolerierungs- und Streikbruchpolitik der SPD.- und NSD.-Führer!

Arbeiter, Mittelständler, Kleinbauern, nehmt Stellung zu euren Forderungen und entsendet Delegierte zu der am 24. Januar 1932 stattfindenden Delegiertenkonferenz, und zur Bildung eines zentralen Kampfausschusses aller Werktätigen des Neuroder Berglandes.

Einheitsausschuß zur Wiedereröffnung der Wenzelslausgrube, gez. P. Hattwig und H. Essenberger.

Kommunistische Partei Deutschlands, Unterbezirk Neurode, gez. Bartsch.

Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands, Bezirk Niederschlesien, gez. Tullig.

Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition, Ortskomitee Neurode, gez. Pohl.

Notgemeinschaft werktätiger Bauern, gez. Aug. Bed.

Oppositionsfraktion in den Gewerkschaften.

# Frankreichs Kommunisten fordern: Schluß mit den Tributen!

Genosse Cachin fordert als Einziger in der französischen Kammer die vollständige Streichung aller Tribute — Tribut- und Kriegspolitik der II. Internationale gebrandmarkt — Der französische Internationalismus wird siegen!

Paris, 21. Januar. In der französischen Kammer antwortete Genosse Cachin als Vertreter der kommunistischen Fraktion auf die nationalstische Regierungserklärung Laval's. In scharfen Worten geißelte er die Politik der Tribute und des Krieges, die die französische Sozialdemokratie in einer breiten Einheitsfront mit allen nationalstischen Parteien betreibt. In der Frage der Tribute entwickelte er das soziale und nationale Freiheitsprogramm des Kommunismus, das vor keiner Grenze halt macht.

Genosse Cachin verwies in seiner Rede zunächst auf die sich anbahnende nationalstische Einheitsfront in Frankreich, die alle Parteien einschließlich der Sozialdemokraten umfaßt. Er sagte darüber: Eine Verbindung wird zustandekommen, denn zwischen den verschiedenen Parteien der Linken und Rechten bildet sich die Gleichheit der Programme und der Lösungen immer mehr heraus. Zur Unterstützung dieser These führte Genosse Cachin Äußerungen von Paul Boncour an, der gesagt hatte: „Die Umstände sind ernst. Um Frankreich so zu verteidigen, wie es notwendig ist, bedarf es einer Regierung, die im Lande über einen großen Einfluß und im Parlament über eine große Mehrheit verfügt.“

Genosse Cachin untersuchte darauf die Lage, die durch das Auscheiden Briands geschaffen worden ist. Er erklärte, die Politik des französischen Außenministeriums wird von Laval nicht verändert werden, der der bestmögliche Fortführer der Außenpolitik Briands ist, und noch gestern sein Mitarbeiter war, der sich in voller Uebereinstimmung mit ihm befand.

Uebergehend zur Frage der Reparationen führte Genosse Cachin aus:

Wir Kommunisten sagen von jeher, daß man alle Kriegsschulden, welcher Art sie auch seien, mit Schwamm auslöschen und die Schiefertafel reinigen muß. 14 Jahre nach dem Kriege sind die Proletarier aller Länder einmütig für die Ablehnung dieser vernichtenden Tribute, der Reparationen und der Wucherzinsen, die man ihnen in unwürdiger Weise noch jahrzehntelang aufzuzwingen droht.

Genosse Cachin verwies dann darauf, daß sich die Sozialdemokratie in diesen Fragen auf die Seite des Imperialismus stellt. Er führte dazu aus: „Durch das Organ Blums und Vincent Aurriols erhebt die sozialistische Partei gleich den anderen Parteien der Bourgeoisie heftige Einwände gegen die Meinung eines der radikalen Partei angehörenden Journalisten, der vorgeschlagen hatte, auf die Bestimmungen des Youngplans zu verzichten.“

Ihr Sozialdemokraten fordert, daß die Herrschenden Deutschlands die Lasten für das deutsche Proletariat, das ohnehin so sehr vom Krieg gedrückt wird, vermehren. Ihr Sozialdemokraten werdet versuchen, mit Bränning oder mit Hitler Deutschland in die Front gegen die Sowjetunion hineinzuziehen, sowie man euch hier von allen Seiten dazu drängt.

Genosse Cachin behandelte darauf die Frage der Abzahlung und wies nach, daß alle Parteien mit Ausnahme der

Kommunistischen Partei Frankreichs, in den Hauptgrundfragen übereinstimmen. Er sagte darüber z. B.: Nach Paul Boncour und nach Painlevé fordert nun der Führer der Radikalen Partei, Herriot, die Sicherheit, um jeglichen Gedanken einer Abrüstung oder selbst auch einer Einschränkung der Rüstungen auszuweichen. Es besteht daher keinerlei Unterschied zwischen Boncour, Herriot, Painlevé, Briand und Laval; Sie alle befinden sich in Uebereinstimmung mit Laval, dem Führer der Rechten in diesem Parlament.“

Am Schluß seiner Ausführungen forderte Genosse Cachin die

Werttätigen Frankreichs zur Kampfeinheit der Arbeiter gegen die Bourgeoisie auf. Er schloß mit folgenden Sätzen:

Der Kapitalismus ist heute geschwächt, er ist aus den Augen, manderlerunsfähig geworden und dies mehr denn je. Es würde die revolutionär geleitete Einheit der Arbeiter ausreichen, um ihn niederzulegen, um mit der Ausbeutung der Menschen und mit dem Kriege, den er in sich trägt und der die Menschheit in dieser Stunde mehr denn je bedroht, Schluß zu machen.

## Japanische Provokationen in Schanghai

### Japan organisiert Vorwände zur Ausdehnung seines Raubzuges auf Mittel- und Südchina — Japanische Kriegsschiffe in Bereitschaft — Neue Truppen angefordert

Schanghai, 21. Januar. Unter dem Vorwand, Chinesen hätten japanische Mönche mißhandelt, kürzte gestern japanisches Militär, verstärkt durch hunderte bewaffnete japanische Bewohner von Schanghai, die chinesischen Viertel. Die Japaner legten mehrere chinesische Gebäude in Brand und verurteilten ganze Straßenzüge. An verschiedenen Punkten kam es zu Feuergefechten zwischen chinesischer Polizei und den aufgesetzten Japanern. Eine Reihe von Personen wurde erschossen, darunter ein englischer Polizeioffizier.

Die im Hafen liegenden japanischen Kriegsschiffe wurden in Bereitschaft gesetzt. Japanische Matrosen griffen in die Kämpfe ein. Der japanische Kommandant hat telegraphisch von Tokio Militärverstärkungen angefordert.

Der Ueberfall auf die Chinesenviertel, der selbstverständlich von der chinesischen Bevölkerung Schanghais nicht ruhig hingenommen werden konnte, ist eine bewußt angelegte und planmäßig durchgeführte Provokation des japanischen Imperialismus. Der japanische Oberkommandierende, der heute nach Tokio um neue Kriegsschiffe telegraphierte, ist derselbe, der die Straßenschlacht planmäßig organisierte. Japan schafft sich den Anlaß, den in Mandchurien und Mongolei begonnenen Raubzug nun auch auf Mittel- und Südchina auszudehnen. Schanghai ist die reichste Handelsstadt Mittelchinas. Die heute auf Schanghai gerichteten Geschüßkündungen japanischer Kriegsschiffe bedrohen das ganze chinesische Reich, bedrohen auch die sich ständig erweiternden Sowjetgebiete in Mittel- und Südchina.

## Fortdauer der Streiks und Kämpfe in Spanien

Madrid, 21. Januar. In mehreren Industriezentren Kataloniens sind Aufstände ausgebrochen. In Berga haben 10 000 Arbeiter die Fabriken verlassen. Die Arbeiter der Kaligruben von Suria sind ebenfalls in den Ausstand getreten. Die Zeitungen sind in dieser Stadt nicht erschienen. Die Brotversorgung geht unter militärischem Schutz vor sich. Die meisten Läden sind geschlossen. Der Superior eines Klosters in Bilbao, in dem die Polizei mehrere Monarchisten schwerbewaffnet entdeckte, ist zu 10 000 Peseten Geldstrafe verurteilt worden. Ein anderes Kloster, aus dem am letzten Montag geschossen wurde, ist auf unbestimmte Zeit geschlossen worden.

In Sagunto besetzten streikende Arbeiter das Postamt und bemächtigten sich aller telephonischen und telegraphischen Leitungen. Es kam zu schweren Zusammenstößen mit der Gendarmerie, der es nach mehrstündigem Kampf gelungen ist, die Arbeiter aus dem Postamt zu verdrängen.

Im Kohlenrevier Figols bei Barcelona bewaffneten sich 800 streikende Bergleute und zwangen eine Polizeieinheit, die gegen die Schächte vorgerückt war, sich in die Kaserne zurückzuziehen. Auch in Berga bei Figols wurden Truppen gegen streikende Arbeiter eingesetzt.

In Valencia wurde der reformistische Gewerkschaftssekretär Trifon Gomez, ebenso wie in Saragossa, in der Eisenbahner-

versammlung mit Aufen: „Tod den Verrätern!“ und „Es lebe die Einheitsfront!“ am Sprechen verhindert, worauf die Polizei in den Versammlungssaal einstrang und Verhaftungen vornahm.

Andererseits wurde die in Bilbao erscheinende katholische Zeitung verboten. Unter dem Druck der Massen ist die Regierung genötigt, auch gegen die Reaktion vorzugehen, katholische Zeitungen zu verbieten und Klöster zu schließen.

## Aufsteigende Linie in Polen — aber nur auf dem Gebiet des Terrors

Warschau, 21. Januar. In der Sitzung des Haushaltsausschusses des Sejms führte der Innenminister Peradz eine Reihe von Zahlen an, die in gewissem Maße die Verstärkung der faschistischen Terrorpolitik gegenüber den werttätigen Massen charakterisierten. Nach den Auslagen des Ministers wurden im Jahre 1927 5143 Personen wegen kommunistischer Tätigkeit zu Gefängnisstrafen verurteilt, im Jahre 1928 liegt diese Zahl auf 6390 Personen, im Jahre 1929 belief sie sich auf 6065 und im Jahre 1930 auf 7786 Personen. Allein in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres wurden 8500 Personen wegen kommunistischer Tätigkeit zu Gefängnisstrafen verurteilt. Wegen Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei befanden sich in Untersuchungshaft 1927 2355 Personen, 1928 2814, 1929 2700, 1930 3775 und in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres 4185 Personen.

## Japanische Flotte nach Schanghai

Tokio, 21. Januar. Das japanische Marineministerium teilt mit, daß die Admiralität wegen der „Unruhen“ in Schanghai einen Kreuzer, drei Zerstörer und mehrere Wasserflugzeuge nach Schanghai zum „Schutz der japanischen Interessen“ entsandt hat.

Auch heute haben die Japaner die Angriffe auf die chinesischen Viertel fortgesetzt. Hunderte von Chinesen wurden durch Steinbombardements verletzt.



(Copyright by Agis-Verlag, Berlin-Wies.)

### 37. Fortsetzung

„Sagen Sie bloß den Widerstand nicht durch“, ermahnte Stempel und sah nach dem rauchenden Motor.

„Das sagen Sie so, wenn man bei diesem Preis noch einen durchschleppen muß.“

„Wenn Sie mit Bülke nicht auskommen, gebe ich ihm eine andere Maschine. Der wird auch mit anderer Arbeit fertig. Ob Sie mit einem anderen Ablöser besser fahren, möcht' ich allerdings bezweifeln.“ Meister Stempel war schon im Straßenanzug und ging nun nach Hause. Wären die Wünsche Alberts jedoch in diesem Augenblick in Erfüllung gegangen, hätte Stempel das Tor nicht erreicht. Er wäre auf der Stelle tot umgefallen.

★

Auch Albert hatte im Anfang kein Pensum nicht erreicht, doch Meister hatte ihm nie einen Vorwurf gemacht. Er forderte die fehlenden Stunden für Einrichten oder Maschinenreparatur. Stempel versuchte auch damals, Albert gegen Meister auszuspielen: „Treten Sie ihm mal ein bißchen auf die Beine! Wenn das Geld nicht reicht, schreib ich für Buchner einen besonderen Zettel. Aber auf alle Stunden zuzuschreiben, das kann ich nicht machen!“

„Der arbeitet genau so wie ich. Wenn Sie morgen bei mir ablösen, sehen Sie auch Stunden zu, ehe Sie auf die Beine kommen, und Sie würden sich bedanken, wenn ich auf Ihnen rumtrampeln würde. Wenn die Firma deswegen bankrott macht, dann ist sie sowieso hantrott. Also bessern Sie die Sache aus, Meister Stempel. Wir müssen das Geld haben.“ Meister legte dann seine Rechnung hin und ging. Stempel versuchte nie wieder, Albert gegen Meister auszuspielen.

Aber Albert fühlte sich nicht wohl als „zweiter Mann“. Daß Meister die Abfolge verrechnete, die Arbeit einteilte, sich überhaupt so sicher in allen Dingen bewegte, Mittelpunkt auch der Kollegen war, behagte Albert nicht. Kam Stempel, kam er zu Meister. Kam

der Maschineningenieur: „Meier!“ Brauchte ein Kollege irgendeinen Rat: „Kollege Meier!“

Nun war Albert „erster Mann“ — und war es doch nicht. Bülke stand fester als er. Ihm war es einerlei, wo er sich ausbeuten ließ, um leben zu können. Er war nicht im „Felde“, besaß keine Orden oder Ehrenzeichen, wie Albert, sondern arbeitete während des Krieges in der I.G. Über er hatte vor Albert eines voraus: Kenntnisse in seinem Beruf. Bei Albert genügte die, wenn auch verfechtete, Drohung mit dem Verlust der Arbeit, um ihn zur Höchstleistung aufzuweckeln. Bülke war damit nicht zu sprechen. Um seiner Arbeitskraft willen mußte Meister Stempel die Person Bülke respektieren. Ein Meister einer modernen Knochenmühle muß in erster Linie Psychologe sein.

Noch ehe sich für Albert das Rätsel entwirrte, wie er mit den Stunden auskäme, berichtete Meister Stempel, daß ein Teil der Räder nun doch in der Seefraße gedreht würden. Die noch verbliebenen reichten nicht für zwei Schichten. An der Maschine Alberts und Bülkes mußte auch andere Arbeit gemacht werden.

Als erste einfache Stahlringe, zwei Meter im Durchmesser, 1,9 Meter Bohrung, dreißig Millimeter breit. Und nicht etwa hundert Stück oder fünfzig, sondern fünf. Das sah so einfach aus, in drei Wochen erschöpfte sich die ganze Zeichnung. Aber daß das nicht so einfach war, ahnte Albert auch, ohne daß Stempel ihn darauf aufmerksam machte, daß nach der Bearbeitung keinerlei Spannung in den Ringen sein dürfe. Daß sie „nicht etwa tanzen wie ein alter Schleifstein“.

Albert hätte zu einem Kollegen gehen und diesen fragen können: „Hör mal, Kollege, ich habe keine Meinung, wie man die Ringe aufspannt. Wie würdest Du das machen?“ Aber Albert hatte sich von Anfang an alle Türen nach dieser Richtung hin verriegelt, und außerdem hätte er es als eine Schande empfunden, gestehen zu müssen, daß er kein „gelernter Dreher“ ist. Er spannte einen Ring in die Klauen der Planscheibe, sah, wie er sich durchbog, ließ die Klauen wieder etwas nach, und der Ring federte wieder zurück. Lasse eingespant, wäre der Ring aus den Klauen gerissen worden, und fest spannen durfte er nicht, sonst würde der Ring nach Abnahme „tanzen wie ein alter Schleifstein“.

Albert überlegte hin und her, besaß die Zeichnung, was an den Ringen — alles, um die Stunde noch hinzubringen, bis Bülke zur Ablösung kam. Dieser würde, spekulierte Albert, bestimmen Rat wissen.

Beinahe hätte Albert auch Glück gehabt. Doch kurz vor

Schichtwechsel kam Stempel vorbei, blieb stehen, schüttelte den Kopf und kam dann polternd auf Albert zu.

„Menschenskind, Buchner, Sie können doch die Ringe nicht in die Klauen spannen. Das müßten Sie doch wissen. Und wenn nicht, dann machen Sie doch den Mund auf!“

„Ich wollte nur nachsehen...“

Stempel lächelte, halb Mitleid, halb Hohn. „Nehmen Sie den Ring wieder ab und die Klauen raus“, befahl er, „n bißchen dalli, was denken Sie denn, was die Dinger wieder kosten sollen?“

Als Albert am andern Morgen zur Schicht kam, sah er, wie Bülke den ersten Ring gedreht hatte. Er hatte ihn mit Spannschrauben an die Planscheibe gespannt, erst von außen, kurz gefaßt, um Bohrung und Seitenfläche vorzubereiten, dann umgedreht und ihn auf die gedrehte Fläche gespannt.

Albert verzichtete darauf, mit Stempel über den Preis zu verhandeln und war froh, daß Bülke am zweiten Tag die Abfolge geholt und ausgefüllt hatte. Er wußte weder wieweil er fordern konnte noch mußte. Er hatte auch gefürchtet, daß Bülke ihm Vorhaltungen machen würde wegen der verhältnismäßig vielen Stunden, die er auf die Ringe geschrieben hatte. Albert war ängstlich und verträdelte zuviel Zeit. Bülke tat es jedoch nicht. „Der Alte ist ein ganz gerissener Gauner“, berichtete er. „Wer sich von dem gehörig über den Köffel barbieren läßt, ist ein tüchtiger Kerl. Hat nicht viel gefehlt, hätt' ich in'n Sad gehauen.“

„Der denkt, er kann mit jedem machen, was er will!“ pflichtete Albert bei. Ihm war die Gelegenheit willkommen, die Spannung in dem Verhältnis mit Bülke zu beseitigen. Er hatte eingesehen, daß er auf Bülke in höherem Maße angewiesen war als umgekehrt. Daß Stempel „nicht mit jedem machen kann, was er will“, — das war gut so.

Sie bekamen von nun an nur noch keine Turbinenräder in Auftrag, kaum Arbeit für eine Schicht. Die Spekulation Alberts von derselben Arbeit an derselben Maschine, bei derselben Firma, mit der Perspektive des Hinüberwechslens und Einarbeitens an eine ganz schwere Maschine, fügte als trügerische Hoffnung jäh zusammen. Als Stempel erklärte: „Die Nachtschicht an der Bank fällt fort. Wir müssen sehen, wie wir das machen,“ fühlte Albert lähmende Schwere in allen Knochen. Er sah sich, wieder entwirrt, von Betrieb zu Betrieb irren. Der Stempelmarkt erhob wieder sein grinsendes Gesicht. Ob er Meier, Eisenhändler, Wader dort treffen wird?

Fortsetzung folgt

# Lehren der Waldenburger Lohnkampfbewegung

Von der Verwaltung des GWD. wird uns geschrieben:  
Am Samstag, den 2. Januar, und Sonntag, den 3. Januar, wie unter der Bergarbeiter-Kampfbewegung eine ungewöhnliche Bewegung gegen den neuen schmerzhaften Lohnabbau. Auf sechs Schichtanlagen fanden in den Paderborn-Protektionen statt. Note zu den Beschlüssen des GWD-Kameraden sprachen zu den Kumpels. Re- formistische Betriebsräte, Funktionäre und Beamte der Zechen wurden in Verbindung und zum Teil aus den Paderbornen herausgeschmissen.  
Auf den Schichtanlagen Hans-Gelbach und Julius traten Teile der Verwaltung in den Streit.

Der Betriebsrat in Harnscheidt verweigerte die Zufahrt zum und von der Grube. Hans Gumbel, darunter der rote Betriebsrat

## Worin lagen unsere Schwächen?

Warum gelang es uns nicht, die Empörung der Kumpels auszunützen und den Streit auf der ganzen Linie auszulösen?

Die beiden Kräfte haben sich gegenüber uns, die wir nur aus dem Kumpelstande heraus auftraten, nicht

### Der Unglaube an den Kampfwillen der Bergarbeiter

Mancher roter Betriebsrat und Funktionär des GWD. war überrascht von dem Kampfwillen der Kumpels und mußte seine vorhergehende Meinung revidieren. Diese Kameraden haben in der Vorbereitung und teilweise auch in der Kampfauslösung begrenzten werden lassen, nur die rücksichtslossten Schwandkämpfer in der Belegschaft und machten sich zu Trägern dieser Stimmungen. Aus diesem Grunde wurde schon die Vorbereitung zum Streit von diesen Genossen nicht mit dem nötigen Eifer und revolutionärem Eifer durchgeführt und führte letzten Endes dazu, daß unsere Genossen hinter dem Streikwillen der Belegschaft einherhinkten und die Bergarbeiter bei der Streikauslösung in ihnen nicht die Organe der Führung zum Kampf und die Organe der kämpfenden Einheitsfront sahen.

### Wir haben noch nicht verstanden, die Bergarbeiter an die selbständige Streikführung heranzubringen

Auf dem Harnscheidt zeigte sich folgendes Bild:

Die Arbeiter haben sich mit dem Betriebsrat nicht verstanden. Die Arbeiter haben sich dem Betriebsrat nicht angeschlossen. Die Arbeiter haben sich dem Betriebsrat nicht angeschlossen. Die Arbeiter haben sich dem Betriebsrat nicht angeschlossen.

### Schichtanlage Hans-Geinrich

Der Betriebsrat verweigerte den Kumpeln des GWD. zu verhandeln. Die Arbeiter haben sich dem Betriebsrat nicht angeschlossen. Die Arbeiter haben sich dem Betriebsrat nicht angeschlossen. Die Arbeiter haben sich dem Betriebsrat nicht angeschlossen.

### Leitstreiks führen zu Massenstreiks

Leitstreiks sind notwendig, die in der Theorie der Reformisten, welche sich in der Praxis der Bergarbeiter angeschlossen haben, nicht verstanden werden. Die Arbeiter haben sich dem Betriebsrat nicht angeschlossen. Die Arbeiter haben sich dem Betriebsrat nicht angeschlossen.

### Ungenügende konkrete Kampfvorbereitungen

Die wichtige Voraussetzung für das Gelingen eines Streiks ist eine gründliche Vorbereitung. Hier gab es diesmal die größten Fehler. Die Streikpropaganda wurde zu allgemein gehalten. Die Aufgaben für die Vorbereitung des Streikkampfes wurden nicht genügend konkret für jeden Schicht gestellt; es wurde nicht auf die besonderen Verhältnisse jeder Zeche eingegangen. Fast keine Revier- und Kurierversammlungen wurden durchgeführt. Dergleichen waren auch alle Belegschaftsversammlungen sehr schlecht, nicht planmäßig vorbereitet. Auf das Verbot der Belegschaftsversammlungen wurde nicht genügend mit Subversivversammlungen geantwortet. Dadurch waren die Belegschaften nicht genügend vorbereitet. Auch wurden von den Betriebsräten nicht alle Möglichkeiten der Durchführung von Belegschaftsversammlungen ausgenützt.

Diese konkreten Fehler und Unterlassungen waren nur möglich, weil sich eine ganze Reihe von Funktionären und auch Betriebsräten bei der Streikauslösung zu sehr auf die Hilfe von außen verlassen haben. Die Forderung, Lehre zu einer Betrachtungsweise der konkreten Vorbereitungen im Betrieb. Dies zeigte sich besonders auf der Schichtanlage. Unsere Genossen haben dort die Ansicht der Belegschaft, daß sie im Falle der Auslösung in der Streikauslösung gemacht haben, nicht genügend beachtet. Die Kameraden dieser Schichtanlage haben diese Auffassung der Belegschaft nicht genügend bekämpft, und auch in der Meinung, wenn andere streiken, wird unsere Belegschaft

vom Hans-Geinrich-Schicht und drei Jungarbeitern wurden gemäßigt, weil sie es wagen, sich gegen den Lohnraub zu wehren. Die Polizei hatte alle Beiden befehligt. Flugblattverteilung wurden verboten; die Belegschaftsversammlungen wurden verboten; und zu diesem Zweck hatte man die Gasthäuser befehligt. Sogar bis in die Paderborn drang die Kriminalpolizei zusammen mit den Funktionären der Unternehmung vor und versuchten dort die Kameraden, welche ihre Empörung gegen den Lohnraub zum Ausdruck brachten, zu verhaften und sie bei der Verteilung angutreiben. Ein nicht geringer Teil der reformistischen Betriebsräte trat wieder als die Streikverhänger und Unternehmerrspiegel auf und demagogisierten die Kumpels bei der Verteilung, so daß diese zur stillen Entlassung der Kumpels übergehen konnte.

folgen, die betrieblichen Vorbereitungen nicht so durchgeführt, wie dies im Interesse einer guten Streikführung notwendig ist.

### Stärkung des roten Verbandes

Die Streikauslösung war nicht zuletzt deshalb eine so schlechte, weil unsere Basis in den Betrieben eine sehr schwache ist. Aber auch hier wurde in der Streikvorbereitung die objektiv günstige Situation

## Trotz Beschluß keine Streikauslösung

Nur durch schärfste bolschewistische Selbstkritik werden wir Streikämpfe auslösen

Die Jungarbeiter vom Harnscheidt (Glückhillsgrube) haben am Samstag, den 2. Januar, in der Walschlaue zu dem brutalen Lohnabbau nicht nur Stellung genommen, sondern sie haben den Beschluß auf Streit gefaßt. Anschließend begaben sie sich in die Walschlaue der erwachsenen Kameraden. Ein großer Teil wurde daran von einem Aufseher von Steigern gehindert. Trotzdem sprach zu den erwachsenen Arbeitern ein jugendlicher Kumpel und forderte sie auf, gemeinsam mit den Jugendlichen zu streiken.

Der reformistische Betriebsrat verweigerte zu verhandeln und rief:

„Streik ist Quatsch! Der Lohnabbau ist durch die Rotverordnung festgelegt.“

Ein Schlichter sollte diesem Unternehmerrspiegel entgegen. Aber trotz dem sind die Kameraden eine halbe Stunde verhandelt, ohne einen Erfolg zu erzielen. Die Jugendlichen begaben sich zur Arbeit.

Der Betriebsrat von Hans-Geinrich, der unsere GWD, SPD und KPD-Genossen bei der Mobilisierung der Arbeiterklasse zum Streit verweigert haben. Wir hätten dafür sorgen müssen, daß der Streikbeschluß zur Durchführung gelangt. Wir hätten sofort die ewige Kampfbewegung zwischen den jugendlichen und erwachsenen Kameraden herstellen müssen. Warum haben unsere erwachsenen Genossen die Belegschaft für den Streit nicht gewonnen? Weil unsere Genossen zum Teil nicht als mobilisierender Faktor in Erscheinung getreten sind; weil es dadurch den Reformisten und Christen gelang, die Belegschaft zur Arbeitsaufnahme zu bewegen. Warum haben unsere Genossen dem reformistischen Betriebsrat, der erklärte, „Streik ist Quatsch“, nicht in der gebührenden Form geantwortet?

zur Lösung neuer Mitglieder für den GWD. nicht ausgenützt. Die Streikbewegung brachte dem roten Verband die Sympathie tausender Bergarbeiter. Sie brachte aber auch tausenden Kumpels die Enttarnung der verräterischen Gewerkschaftsbürokratie. Hier gilt es nachzuholen, die Erregung der Kumpels über den neuen Verrat der Gewerkschaftsbürokratie auszunützen.

Eintausend neue Mitglieder für den GWD. ist unser Ziel!

### Überall! Oppositionsversammlungen

Freigewerkschaftliche Kollegen! In jedem Betrieb, in jedem Stadtteil setzt euch sofort zusammen und prüft, welche Anträge und Vorschläge zur Jahres-Generalversammlung in grundsätzlicher Opposition zum reformistischen Notverordnungskurs aufzustellen sind. Keine Zeit verlieren! Sofort handeln!

### Anträge zur Generalversammlung

Habt ihr schon Anträge auf Wiederherstellung der Mitgliederrechte an die Jahres-Generalversammlung der freien Gewerkschaft gestellt? Wenn nicht, dann sofort nachholen!

### Demagogie und „linke“ Manöver

In der Resolution des Zentralrats der RZJ. heißt es unter anderem:

„Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie verbindet mit Rücksicht auf die gemittelte Wahrung unter den Massen ihren offenen Streikbruch mit „linken“ Manövern und die letzteren nimmt sie ganz besonders dort zu Hilfe, wo die Arbeiterklasse im Kampfe gegen die Offensive der Bourgeoisie Aktivität an den Tag legt.“

Als die RZJ. und die roten Verbände den Kampf der Arbeiter gegen den Lohnabbau organisierten, als die Frage stand, Betrieb um Betrieb in den Streit zu führen, da waren die sozialdemokratischen Spitzenfunktionäre, und ihnen schlossen sich jene der SAP. und der Brandenburger an, die Parole des „Generalstreiks“ in die Debatte. Warum dieses „linke“ Manöver?

Die RZJ.-Führer denken nicht daran, jemals einen Generalstreik, auch nicht in der Zukunft, gegen den Kapitalismus zu führen, denn es wollen ihn ja heißen, aber sie wollten vom aktuellen Kampf der Arbeiter gegen den Unternehmer ablenken und die Notverordnung durchziehen. Ueber unsere eigene Schuld wegen der Unklarheit über die politische Bedeutung der Leitstreiks und des Zusammenhangs der Leitstreiks mit den politischen Massenstreiks und dem Generalstreik werden wir noch ausführlich sprechen müssen. Solche Demagogie und solche Manöver von Seiten der Reformisten werden wir noch viele erleben.

## Hamburger Sendewik-Jugend für rote Einheitsfront

50 SJW.-Funktionäre und -Mitglieder erklären: „Sendewik-Partei — ein Verbrechen an der Arbeiterbewegung“

Hamburg. Von zahlreichen Mitgliedern des SJW. wird hier schon seit längerem für den Anschluss an den RZJ. gefordert. Nunmehr haben 50 Mitglieder und Funktionäre des SJW. am vergangenen Sonntag auf der RZJ.-Kundgebung des RZJ. das Vierhundert-Tausend-Aufgebot der RZJ. und des RZJ. demonstrativ begrüßt und sich für die rote Einheitsfront erklärt.

Der Hauptvorstand des SJW., der öffentlich aufgefordert war, an dieser Kundgebung zu erscheinen, hatte feige geschwiegen, dafür gehalten sich aber die RZJ.-Kundgebung zu einem wichtigen Bekenntnis für die rote Einheitsfront.

In einer von den 50 Mann beschlossenen Resolution heißt es im wesentlichen:

„Wir haben in der kurzen Zeit der Existenz der SJW. und des SJW. deutlich erkennen müssen, daß wir die Mitglieder mit zwingender Logik vor die Frage stellen: entweder ein Anhängel der SPD. zu werden, oder in der RZJ. mit für die proletarische Einheitsfront zu wirken... Die Einheit des Proletariats, die das Gebot der Stunde ist, kann nach unserer Auffassung aus all

diesen Gründen nur verwirklicht werden unter Führung der kommunistischen Partei und des kommunistischen Jugendverbandes... Unter diesen Umständen eine Organisation noch aufrechtzuerhalten, die sich in immer schärferem Gegensatz zur kommunistischen Partei stellt, anstatt brüderlich mit ihr zusammenzuarbeiten, wäre ein Verbrechen an der Arbeiterbewegung.

Wir wollen den geschlossenen Massenkampf gegen Kapitalismus und Faschismus und sind bereit, alle Konsequenzen, die sich daraus ergeben, zu ziehen... Es ist höchste Zeit, daß wir aus der Politik der Halbheiten herauskommen und unsere ganze Kraft einsetzen zur Stärkung der Kampffront des Proletariats.

Alles für den Sozialismus!“

### Weiterer Rückgang des Außenhandels

Im Dezember 1931 hat sich der Rückgang des Außenhandels weiter fortgesetzt. Die Einfuhr ist von 482 auf 488 Millionen Mark gestiegen, die Ausfuhr dagegen von 734 auf 712 Millionen Mark zurückgegangen. Infolgedessen beträgt der Ausfuhrüberschuß im Dezember nur noch 224 Millionen gegenüber 252 Millionen im November.

Die Außenhandelsbilanz im Dezember zeigt die weitere Verschärfung der Wirtschaftskrise und des dadurch ausgelösten Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt. Nicht nur der Innenmarkt schrumpft ständig ein, auch auf dem Weltmarkt wird die Konkurrenz für die deutschen Kapitalisten immer schwieriger. Es ist ganz klar, daß diese Erscheinungen zu neuen und stärkeren Ausbeutungsmaßnahmen der Unternehmer führen werden, wenn sich die Arbeiterklasse nicht energisch und unter revolutionärer Führung dagegen zur Wehr setzt.

### Die SAP. erklärt durch Fritz Sternberg:

„Wir sind gegen den roten Arbeiterkandidaten, Genossen Ernst Thälmann!“

### Die SAP.-Proleten,

die für die Schaffung der roten Einheitsfront gegen die gesamte Reaktion von Seevering bis Hitler sind, werden für Genossen Thälmann, den Kandidaten der Armen, eintreten!